

## **Antrag**

**der Abgeordneten Paul Viktor Podolay, Armin-Paulus Hampel, Dr. Roland Hartwig, Petr Bystron, Dr. Anton Friesen, Waldemar Herdt, Udo Theodor Hemmelgarn, Dr. Lothar Maier, Dr. Robby Schlund, Christoph Neumann, Dietmar Friedhoff und der Fraktion der AfD**

### **Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auf der Grundlage der Prinzipien der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit reformieren**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

45 Jahre nach der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki und 30 Jahre nach der Verabschiedung der Charta von Paris steht Europa vor einer neuen Ost-West-Konfrontation und großen globalen Herausforderungen. Es ist daher an der Zeit, sich auf die grundlegenden Werte und Kernprinzipien der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) und ihrer Nachfolge Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zu besinnen und diese fortzuführen. Dabei ist zu erkennen, dass die KSZE kein singuläres Ereignis mit der finalen Schlussakte von Helsinki war, sondern das sie als ein jahrelanger Prozess zu verstehen ist, in dem man sukzessives gegenseitiges Vertrauen etablierte. Dabei war das Kernprinzip der KSZE entscheidend, wonach sich kein Verhandlungsstaat in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen durfte. In den vor fast einem halben Jahrhundert festgelegten Dimensionen sind neben den grundsätzlichen Werten des respektvollen Zusammenlebens vor allem die Themen Abrüstung, Krisenmanagement, die Schaffung von guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Terrorismusbekämpfung für die Sicherheit und Stabilität und somit das Wohl der Menschen begründet.

Aufgrund ihrer zahlreichen Teilnehmerstaaten – von Russland bis hin zu den USA – bietet die OSZE eine breitere Plattform für unterschiedlichste Interessen an, die vertrauensbildende Maßnahmen bei der Bewältigung von internationalen Krisen am besten ermöglicht. In den neuen, alten Konflikten auf dem europäischen Kontinent sollte die OSZE, als das wichtigste diplomatische Forum, zwischen den Konfliktparteien insbesondere in osteuropäischen Krisenherden einen konstruktiven Dialog anführen. Von Wladiwostok bis Vancouver erstreckt sich das „Prinzip Hoffnung“ mit 57 Teilnehmerstaaten. Dennoch erleben wir zurzeit eine tiefe Vertrauenskrise, die eine langfristige Friedenssicherung auf dem europäischen Kontinent unterminiert. Das fehlende Vertrauen höhlt die außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands und seiner europäischen Partner zunehmend aus. Das betrifft vor allem das Verhältnis zu Russland. Seit Jahrzehnten fehlt ein umfassendes strategisches Konzept, das die Rahmenbedingungen für einen Neustart mit Russland definiert.

Die bestehenden Formate sicherheitspolitischer Zusammenarbeit im Rahmen der NATO und der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU wie die Permanent Structured Cooperation (PESCO) oder die sogenannte Europäische Verteidigungsunion sind zu einer Lösung aktueller Krisen, wie in der Ostukraine, nicht geeignet. Die von der OSZE eingesetzte Sonderbeobachtungsmission SMM (Special Monitoring Mission Ukraine) ist hier beispielhaft für eine positive Ost-West-Kooperation durch die OSZE zu erwähnen, die bei allen Konfliktparteien Anerkennung findet. Durch die Präsenz von bis zu 1000 Beobachtern aus 40 Teilnehmerstaaten der OSZE würden Spannungen verringern und durch ihre täglichen Lageberichte zu Transparenz und damit zur Stabilisierung beigetragen.

Um die Sicherheitslage in Europa steht es heutzutage schlechter als vor zehn oder 20 Jahren. Anstatt wie ursprünglich gewünscht Ost und West einander näher zu bringen, beginnt eine zunehmende Polarisierung. Dies zeigt sich nicht zuletzt auch bei der aktuellen Entwicklung über den Vertrag über den Offenen Himmel von 2002, dessen Umsetzung von einer Beratungskommission (OSCC) am Sitz der OSZE überwacht wird und dessen Zukunft gefährdet ist.

Die friedensbildenden Prinzipien und vereinbarten Werte des Zusammenlebens der Schlussakte von Helsinki bleiben grundlegend und unverzichtbar. Diese müssen auf die heutigen und zukünftigen Herausforderungen in der Welt angewendet werden. Der Schutz vor Terrorismus, neue Arten von territorialen Interventionen in einer digitalen Gesellschaft, die fortschreitende Einmischung in inneren Angelegenheiten anderer Staaten durch Wert imperialismus und Ideologieexport und nicht zuletzt durch die Anwendung von wirtschaftspolitischen Druck stellt das europäische Wertesystem auf die Probe. Deshalb ist eine Rückbesinnung der OSZE und damit einer neuen, alten Sicherheitsarchitektur in Europa mehr denn je zeitgemäß und notwendig. Die OSZE sollte sich auf ihre Ursprungsprinzipien bekennen und nicht durch eine Ausweitung eine Aufweichung der Ziele zulassen.

Deutschland als größter Beitragszahler der OSZE auf dem europäischen Kontinent sollte eine solche Rückbesinnung der OSZE aktiv und zusammen mit seinen Partnern anstreben. Bis jetzt scheiterten jegliche Diskussionen über eine künftige strategische Ausrichtung der OSZE wie beim letzten Gipfeltreffen 2010 in Astana.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur auf Basis der OSZE und ihres inklusiven Charakters auszusprechen und dabei Doppelarbeit mit anderen internationalen Organisationen wie der EU vermeiden;
2. statt in die sogenannte Europäische Verteidigungsunion zu investieren, eine substantielle Erweiterung des Systems der kollektiven Sicherheit im Rahmen der OSZE und gemeinsam mit Russland zu fördern;
3. gegenüber den OSZE-Teilnehmerstaaten dafür zu werben, sich mit den bisherigen Strukturen der OSZE kritisch auseinanderzusetzen und schließlich die zentralen Gremien der Organisation dazu aufzufordern, einen Aktionsplan zu institutionellen Reformen voranzutreiben;
4. Beratungen mit dem Generalsekretär und dem Ständigen Rat der OSZE aufzunehmen, um Zielsetzungen der Organisation gemäß den Grundsätzen der Schlussakte von Helsinki einer kritischen Überprüfung zu unterziehen;
5. informelle Treffen auf Ebene des OSZE-Ministerrats zu initiieren, um Reformvorschläge, insbesondere für die 1. Dimension der Schlussakte (Politisch-Militärische Dimension), zu erarbeiten;

6. sich im Forum für Sicherheitskooperation der OSZE dafür einzusetzen, in Fragen der Rüstungskontrolle sowie relevanter Sicherheitsverträge wie des INF-Vertrags Russland enger einzubeziehen;
7. auf diplomatischen Wegen die USA davon abzubringen, dass sie sich aus dem Vertrag über den Offenen Himmel zurückziehen;
8. strategische Schwerpunkte der OSZE-Aktivitäten in der Terrorismusbekämpfung gemäß dem Beschluss Nr. 1063 des Ständigen Rates zu evaluieren;
9. Deutschlands Rolle als Vermittler zwischen Ost und West neu zu begründen, um die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen OSZE-Staaten zu verbessern;
10. sowie schnellstmöglich – nach nunmehr zehn Jahren – ein nächstes Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten in Deutschland auszurichten.

Berlin, den 13. November 2020

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**

